DIE AGB

WIR SIND MITGLIED DER BAG RelEx WE ARE A MEMBER OF

CleaRNetworking
Netzwerk zum Umgang mit Hinwendungsprozessen zu politischen und religiösen Phänomenen im schulischen Kontext

Gefördert durch die bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

7 Argumente für die Implementierung einer schulischen Struktur der Radikalisierungsprävention

Dieses Dokument bietet Argumente für die Implementierung von Strukturen zur Radikalisierungsprävention an Schulen. Sie soll schulischem Personal – Lehrkräften, Schulsozialarbeit und Schulleitungen – dabei helfen, die Notwendigkeit und den Mehrwert solcher Strukturen im Kollegium und gegenüber der Schulleitung nachvollziehbar zu machen. Prävention ist kein „Zusatzprogramm", sondern ein zentraler Bestandteil pädagogischer Verantwortung und demokratischer Schulentwicklung. Ziel ist es, Handlungssicherheit zu schaffen, Belastungen zu reduzieren und jungen Menschen frühzeitig Orientierung und Unterstützung zu bieten.

Inhalt

1. Aktuelle gesellschaftliche Relevanz 2
2. Entlastung des Kollegiums durch feste Ansprechpartner:innen 2
3. Entlastung der Schulleitung 2
4. Professionalisierung durch Weiterbildung 2
5. Prävention stärkt das Image – keine Stigmatisierung 3
6. Pädagogischer Auftrag und gesetzliche Grundlage 3
7. Frühzeitiges Handeln verhindert Eskalationen 3

1. Aktuelle gesellschaftliche Relevanz

Radikalisierung – sei sie religiös, politisch oder anders begründet – ist ein hochaktuelles Thema, das regelmäßig in den Medien präsent ist. Ereignisse in Schulen, Stadtteilen oder überregionale Vorfälle zeigen, dass Radikalisierung nicht an bestimmten Regionen oder Schulformen haltmacht. Die Schule als zentraler Sozialraum für junge Menschen ist daher ein relevanter Ort für frühzeitige Wahrnehmung und Prävention.

2. Entlastung des Kollegiums durch feste Ansprechpartner:innen

Für Lehrkräfte ist es eine große Unterstützung, wenn es klare Anlaufstellen im Kollegium gibt, an die es sich im Verdachtsfall vertrauensvoll wenden kann. Die Verantwortung muss nicht allein getragen werden – stattdessen sorgt die etablierte Struktur für Sicherheit im Umgang mit potenziellen Fällen und reduziert individuelle Unsicherheit und Belastung.

3. Entlastung der Schulleitung

Durch klare Strukturen der Radikalisierungsprävention – insbesondere durch eine funktionierende Clearing-Struktur – wird die Schulleitung gezielt entlastet. Die Vielzahl sensibler Fälle, die sonst direkt auf ihrem Tisch landen, kann durch ein qualifiziertes Team strukturiert vorbereitet und bearbeitet werden. Das sorgt für Zeitgewinn, Klarheit und Vermeidung von Überlastung.

4. Professionalisierung durch Weiterbildung

Die Clearing-Beauftragten sind speziell geschult: Mit je nach Jahrgang etwa 96 Unterrichtseinheiten haben sie eine fundierte Weiterbildung durchlaufen. Sie verfügen über Fachwissen in den Bereichen Radikalisierungsprävention und Fallbearbeitung sowie über ein Netzwerk aus zahlreichen Schulen bundesweit, die ebenfalls mit dem Clearing-Ansatz arbeiten.

5. Prävention stärkt das Image – keine Stigmatisierung

Ein präventives Schutzkonzept verleiht der Schule nicht den Anschein, eine „Problemschule“ zu sein – ganz im Gegenteil: Es signalisiert Verantwortungsbewusstsein, Professionalität und Weitsicht. Schulen, die frühzeitig handeln, bevor Probleme möglicherweise eskalieren, zeigen pädagogisches Profil und stärken ihre Außendarstellung positiv – auch bei Eltern, Schulaufsicht oder Kooperationspartnern.

6. Pädagogischer Auftrag und gesetzliche Grundlage

Radikalisierungsprävention ist nicht „Zusatzaufgabe“, sondern fester Bestandteil des Bildungsauftrags. In den Schulgesetzen der verschiedenen Länder ist Demokratiebildung verankert. Schulen sollen junge Menschen zur aktiven Teilhabe und Reflexion befähigen. Der Clearing-Ansatz setzt genau dort an: Er unterstützt eine pädagogisch orientierte Bearbeitung radikalisierter Verhaltensweisen im Sinne demokratischer Bildungsziele.

7. Frühzeitiges Handeln verhindert Eskalationen

Eine frühzeitig erkennbare Radikalisierung verläuft oft schleichend. Werden Signale übersehen oder falsch eingeordnet, kann sich ein Problem verschärfen. Durch verlässliche Strukturen können Hinweise geprüft und pädagogisch begleitet werden – bevor eine Situation eskaliert oder externe Behörden eingreifen müssen. Das schützt alle Beteiligten – auch die betroffenen Schüler:innen.